

Dezember '80

rote blätter

EXTRA

Studentenmagazin

Organ des MSB Spartakus

Rien ne va plus?

● Rotstift, Hochschulschließungen,
NATO-Rüstung und Studenten-
bewegung

Im November 1980 geschah Ungeheuerliches: Der Rektor der Universität Frankfurt drohte, seine Hochschule einfach dichtzumachen. Der Grund: Haushaltskürzungen für die Universität. Der Rektor der Universität Dortmund marschierte gemeinsam mit Studenten an der Spitze eines kilometerlangen Demonstrationszuges.

Der Grund: drastische Haushaltskürzungen. Noch ungeheurer: Mehr als zehn Jahre seit Beginn der Studentenbewegung, drei Jahre nach dem bundesweiten Streik, sitzen die Studenten immer noch zu 4000 (Hamburg) auf den Vollversammlungen, beteiligen sich mehr als 50 Prozent (Dortmund) an Demonstrationen, ja „überreden“ die Universitätsleitungen selber zu Protestmaßnahmen, die der deutschen Beamtenmentalität nun wahrlich fernliegen. Der Grund: drastische Haushaltskürzungen und Kampftraditionen, von denen die Studenten offensichtlich nicht lassen

Aber damit nicht genug, nachdem der Bund schon kräftig gekürzt hat, ziehen die Länder vom Verbleibenden noch mal was ab. Zum Beispiel allein in Hessen über 20 Millionen DM. In Baden-Württemberg sollen ganze PHs geschlossen werden. In Nordrhein-Westfalen werden durch die Auflösung der PHs Tausende von Studienplätzen vernichtet. Das Motto von Schmude, Schmidt, Matthöfer und Co. für die Hochschulpolitik der achtziger Jahre: Rien ne va plus.

Nun sind Kürzungen für die Hochschulen alles andere als die Ausnahme.

Infolge der Stahlkrise sind z. B. allein in Dortmund 40000 Arbeitsplätze bedroht. Kassiert werden soll trotzdem weiter, aber von den Richtigen. Investitionshilfen wird es auch weiterhin geben, natürlich streng „produktivitätsorientiert“.

Die besonders drastischen Sparmaßnahmen für die Hochschulen sind kein Zufall. Die großen Konzerne sind an einem weiteren Hochschulausbau vorerst nicht interessiert, das, was sie zusätzlich brauchen, wollen sie in Zukunft möglichst unkontrolliert auch selbst ausbilden können.



wollen. Das ist auch nötig, denn die Mittelkürzungen, von denen zum Teil die Hochschulen in ihrer Existenz betroffen sind, haben Ursachen, die nur durch Kampf und sicherlich nicht von heute auf morgen zu beseitigen sind.

„Nach den Wahlen heißt es zahlen“

Zahlen bzw. sparen sollen nach dem Willen der Bundesregierung vor allem auch Studenten und Hochschulangehörige. Und wie:

- Der Hochschulausbau soll in den nächsten vier Jahren um 20 Prozent gekürzt werden!

- Das Bafög soll für weitere zwei Jahre nicht erhöht werden!

- Zuschüsse des Bundes für den Studentenwohnheimbau sollen 1981 halbiert und danach vollständig eingestellt werden!

me. Wie üblich auf Kosten des „kleinen Mannes“ schlägt der Rotstift umfassend zu: Rentenabbau, Erhöhung kommunaler Tarife für Strom, öffentliche Verkehrsmittel, Wasser, Müllabfuhr usw. usf. Worum es geht, sagt einer, der es wissen muß! Originalton Arbeitgeberpräsident Esser:

„Diese Politik der rigorosen Sparbarkeit ist nicht nur für das kommende Jahr zu fordern. Mit einem einmaligen Kraftakt ist es nicht getan.“

Der Kraftakt: Noch mehr Kohle für die Monopole

Und damit ist es nicht bei einem „einmaligen Kraftakt“ bleibt, sind sich Unternehmerverbände, CDU/CSU und auch SPD/FDP über das Wichtigste schon einig: Wer sparen und wer kassieren soll: Sparen sollen vor allem die Arbeiter.

Die Studentenzahlen will man nach dem Abflauen der geburtenstarken Jahrgänge „einfrieren“. Um das durchzusetzen, diskutiert man heute schon über verschärfte Zulassungsbeschränkungen, die Ausweitung des berüchtigten „Numerus clausus“. So hat Hamburgs Wissenschaftssenator Sinn weitere „Zugangsbeschränkungen“ als „unvermeidlich“ bezeichnet. Für Berufsakademien und einige der großen Konzernen besonders verbundene Fachhochschulen und technische Universitäten ist allerdings noch Geld da. Für die Stellenversorgung der neuen Technischen Universität Harburg nimmt derselbe Senator sogar Kredite auf. Für die Uni tut er nichts, denn da studieren ja bekanntlich vor allem Lehrer, und die stehen später sowieso auf der Straße. Denn offensichtlich soll die Bundesrepublik auch weiterhin die größten Schulklassen aller Nichtentwicklungsländer haben.

In der Rüstung sind sie fix!

Nun könnte man auch anders. Allein, man will nicht. Die „Frankfurter Allgemeine“ stellt die Frage „nach den Prioritäten in dem politischen Gesamtkonzept. Soll die Sozialpolitik Vorrang haben oder die Sicherheit?“ Und die Bundesregierung gibt – unter dem Beifall von CDU und CSU – die Antwort: Sozial- und Bildungsausgaben werden gekürzt, der Rüstungshaushalt soll real um mindestens 1,8 Prozent (+ 620 Millionen) steigen! Reagan, der den US-Rüstungshaushalt um bis zu 7 Prozent steigern will, will 3 Prozent und obendrein noch vier Milliarden mehr für die US-Truppen in der Bundesrepublik. So soll der Bundesbürger für die neue US-Atomstrategie nicht nur morgen den Kopf hinhalten, sondern schon heute kräftig bezahlen.

Weil das so ist: weil, wer denen oben nichts nimmt, denen unten nichts geben kann, gehören für uns Forderungen gegen das NATO-Raketenprogramm, für die Kürzung der Rüstungsausgaben, unverzichtbar zu unseren Aktionen gegen die Sparmaßnahmen.

Leere Taschen, leerer Kopf...

Die rasante Sparpolitik sollte dabei über eines nicht hinwegtäuschen: Das Thema Hochschulrahmengesetz (HRG) bleibt für Hochschulen und Studenten aktuell. Die berüchtigte „Entrümpelung der Studiengänge“, die vor allem durch Verkürzungen er-

reicht werden soll, bleibt weiterhin Ziel offizieller Hochschulpolitik. „Entrümpelt“ werden sollen vor allem kritische und fortschrittliche Studienbestandteile – zu den leeren Taschen sollen die leeren Köpfe der Studenten kommen.

Nachdem der Versuch, durch zwangsweisen Rausschmiß nach Ablauf der „Regelstudienzeit“ eine Verkürzung der Studiendauer durchzusetzen, gescheitert ist – die berüchtigte „Zwangsexmatrikulation“ mußte aus dem HRG gestrichen werden –, will man jetzt mehr am Stu-

dienaufbau selber drehen. So sollen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen bis zum nächsten Sommer neue Lehrprüfungsordnungen durchgesetzt werden.

Die Palette der Durchsetzungsmaßnahmen ist breit gestreut: In Bayern und Niedersachsen z. B. sollen Zwischenprüfungen, Semesterzwangsgelder und „innerer Numerus clausus“ die Zwangsexmatrikulation ersetzen. Klar, daß die Mittelkürzungen zusätzlich genützt werden, um unliebsame Studienbestandteile zu liquidieren.

Mehr denn je: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Daß die Studenten sich wehren, in einem Ausmaß, wie schon lange nicht mehr, zeigt unsere Aktionsübersicht.

Daß ihre Gegenwehr – trotz Festhalten am HRG und Sparpolitik – nicht ohne Wirkung bleibt, zeigen jüngste Entwicklungen:

In NRW wurde die Zwischenprüfungsregelung aus dem LPO-Entwurf

gestrichen, in Hamburg deutet sich die Zurücknahme der geplanten Zwischenprüfungsverschärfungen an. Die Sparpolitik macht es für die andere Seite auch nicht nur einfacher: Hochschulelehrer sehen ihre Arbeit, ja ihre Stellen gefährdet, teilweise verlängert sich die Studiendauer sogar. Doch weiter: In den Koalitionsvereinbarungen von FDP und SPD wird eine „punktuelle Novellierung des HRG zur verbindlichen Einführung der Verfaßten Studentenschaft“ versprochen. Würde diese Vereinbarung Wirklichkeit, so wäre dies ein großer Fortsetzung umseitig



Dortmunder Demo: Rektor neben ASTA.

Foto: Menzen



Mit witzigen Aktionen machen die Bremer HfSS-Studenten auf ihren Streik aufmerksam.

Foto: rb-Archiv

Die Bonner Parteien haben sofort nach dem 5. Oktober klargestellt, daß das geschieht, was die FAZ schon am 3. Oktober als rhetorische Frage schreiben durfte:

„Wird der Rotstift auch bei sogenannten sozialen, aber im Grunde überflüssigen Errungenschaften angesetzt werden?“

Wie der RCDS zu dieser Sparpolitik steht, was er für „im Grunde überflüssig“ hält, hat er auf seiner Bundesdelegiertenversammlung programmatisch verkündet:

„Die deutschen Studenten sind bereit, wegen der verschärften weltpolitischen Lage... die Erfüllung vieler eigener Wünsche zurückzustellen.“

Das „Nachwuchstalente der CDU“ (FAZ v. 13. 10. 1980), der RCDS-

Bundesvorsitzende Dingerkus, nannte „als Möglichkeiten etwa Abstriche an der materiellen Ausstattung der Hochschulen oder den Verzicht auf Privilegien wie die Subventionierung des Mensaessens“ (FR v. 10. 3. 1980).

Die Verbindung zwischen Aufrüstung und Hochschulfinanzierung wurde von rechts aus gezogen. Der Gleichklang mit anderen Militarisierungsbestrebungen wurde hergestellt. Erziehung zu Opferbereitschaft für die Rüstung ist das Ziel. Der CDU/CSU-Nachwuchs als kleine NATO-Streber.

An den Hochschulen ist das „Mehr-für-die-Rüstung-weniger-für-die-Bildung“-Wunschprogramm des RCDS inzwischen Wirklichkeit.

In diesem Moment versucht der

RCDS, sich als Vertreter studentischer Interessen darzustellen.

- In Hamburg schlägt er Aktionen vor.

- In Gießen will er einen Hochschultag.

- In Hamburg beschließt die Uni-Vollversammlung einen Streik; RCDSler treten als Streikbrecher auf.

- In Gießen wird gestreikt; den Vorschlag zum Hochschultag hatte die Uni-Spitze dem RCDS souffliert, um der Streikstimmung entgegenzuwirken.

So will der RCDS die Bewegung gegen die Sparpolitik eindämmen, verwirren oder zumindest von der Einsicht abbringen, daß man sich gegen

die Rüstungspolitik wehren muß, will man die Verantwortlichen treffen.

Dementsprechend feiert der RCDS die Militarisierung. Am 12. November gleicht Bonn einer Festung. Mehr als 80 Festnahmen. Überall ängstliche Menschen mit erhobenen Händen, die durchsucht werden. Polizei beherrscht das Stadtbild. „Integration des Militärs in die demokratische Gesellschaft“ nennt der RCDS diesen Vorgang. Er begrüßt das Spektakel der öffentlichen Gelöbnisse. Das soll das Bonner Studentenparlament auch tun. Im Antrag dazu schreibt der RCDS: „Unser Gelöbnis gehört zum Fortschrittlichsten, was die westlichen Demokratien zu bieten haben.“

Im Kampf um die Hochschulfinanzierung stehen die NATO-Fans auf der anderen Seite.



Mit einem Luftballon-Happening in der Stuttgarter Innenstadt demonstrieren 200 Esslinger PH-Studenten gegen Studienplatzzerstörung und PH-Schließung. Foto: Menzen

...Und die CDU-Nachwuchstalente: „Eigene Wünsche zurückstellen“

Studentenbewegung '80:

...und sie bewegt sich doch!

Bremen:



Wissenschaftssenator Franke hat einen 8-Punkte-Plan mit rigiden Kürzungen für die Uni vorgelegt. Über 50 Prozent der Mittel für die „Reform-Uni“ sollen gestrichen werden, die Reform soll zu Grabe getragen werden. Groteske Bilder in den Seminaren: Überall herrschen unmögliche Studienbedingungen. Gleich in der 2. Semesterwoche führen 200 Studenten eine Stop-and-go-Demo durch die Stadt durch. Der Verkehr liegt für mehrere Minuten lahm. Weitere Proteste und eine Demonstration sollen folgen.

Hamburg:



Die „Morgenpost“ wittert „Studentenunruhen“. Uni-Vizepräsident Glas-hoff berichtet, daß „der besorgniserregende Zustand der Überfüllung... ein Ausmaß erreicht hat, dem mit schönen Worten allein nicht beizukommen ist“. Zu 50 bis 100 Prozent überfüllte Seminare mit Sitzplätzen auf Fußböden und Fluren, völlig unzureichende Mittel für Personal und Räume und ein Lehrer-Prüfungsentwurf, der sich „gewaschen“ hat, bringen Studenten wie Lehrende auf die Beine.

Am Fremdspracheninstitut begann kurz nach Semesterbeginn ein zweiwöchiger Streik. Der Akademische Senat wurde von mehreren hundert

empörten Studenten besetzt. 3000 Studenten beschlossen im überfüllten Audimax auf einer Uni-VV Streik und Protestaktionen. Gar 4000 konfrontieren im Streik Hochschulsenator Sinn mit ihren Forderungen. Ihnen reicht die zugesagte Million DM lange nicht. Sie fordern „Rüstung runter, Bildung rauf“. Die Empörung und der Wille, weiterzumachen, sind groß. Gleich am Samstag darauf demonstrieren 3500 Schüler, Studenten und Arbeiterjugendliche gegen Rotstiftpolitik – für das Recht auf Bildung. Schon Ende November soll eine weitere VV über neue Schritte beschließen.

Niedersachsen:



In Braunschweig versammeln sich 300 Lehramtsstudenten zu einer Vollversammlung, wesentlich mehr als in früheren Semestern. Gegen die neuen Prüfungsordnungen und den Referentenentwurf will man gemeinsam Widerstand leisten. Ein umfassender Aktionsplan, mit Aktionstag Anfang Dezember und Beteiligung an der landesweiten Demonstration am 11. Dezember in Hannover werden beschlossen.

In Göttingen streiken am 11. November die Landwirtschaftsstudenten geschlossen gegen die neue Diplom-PO. Keine Vorlesung findet statt. Der Dekan wird auf eine Vollversammlung geholt, an der über 300 Studenten teilnehmen. Auch in Göt-

tingen will man weiter aktiv bleiben, die Demo zur Darstellung des Protestes nutzen.

NRW:



Dortmunds Hochschulen stehen kopf. An Uni und PH sitzen jeweils zwei Studenten auf einem Stuhl. Nach der PH-Auflösung sind für 7600 Studenten 3700 Studienplätze in der Lehrerausbildung vorhanden. Über 1100 Studenten müssen sich am FB Informatik mit 500 Studienplätzen zurechtfinden. Hochschulleitung und Studenten haben genug davon. Hochschulsenat und studentische Vollversammlung haben zu einer gemeinsamen Demonstration aufgerufen. Gemeinsam wird sie in den Seminaren vorbereitet. 7000 (!) Hochschulangehörige nehmen teil, das ist jeder 2. eingeschriebene Student! Rektor Velsinger spricht auf der Kundgebung aus, was alle denken. Mit dieser beeindruckenden Demonstration ist der Protest noch längst nicht zu Ende. Am 22. November wollen Studenten, Schüler, Lehramtsanwärter in NRW gemeinsam gegen Bildungsabbau und Lehrstellenmangel protestieren.

In Düsseldorf zogen am 13. November etwa 500 Studenten der Philosophischen Fakultät zum Wissenschaftsminister. Sie protestierten gegen Stellenabbau, Überfüllung und Selektionsklausuren (in der Lateinklausur fallen etwa 80 bis 90 Prozent programmgemäß durch). Zusammen

mit 600 Erstsemestern aus NRW, die ein Go-in gegen die geplanten Zwischenprüfungen und Meldefristen durchführten, rückten etwa 1100 Studenten dem WiMi auf „den Pelz“.

Am gleichen Tag erhielt der WiMi Besuch von über 150 Aachener Sportstudenten, die in einem Marathonlauf die Strecke Aachen-Düsseldorf zurückgelegt hatten. Eine Woche lang streikten die Sportstudenten schon gegen die Rücknahme der Genehmigung für eine weitere Sporthalle. 1000 Studenten droht sonst die Ausbildung in einer für 250 Studenten konzipierten Halle. Während des Streiks fand in der Halle ein Alternativ-Sport-Programm statt.

Auch in Münster beschlossen die Sportstudenten, nicht mehr abzuwarten. Auf einer VV mit 300 Teilnehmern beschlossen sie, am 2./3. Dezember zu streiken.

In Köln unternahmen über 100 Studenten aus der Phil. Fakultät ein Rektor-Go-in, um Auskunft über das Ausmaß der Mittelzuweisungen zu erhalten. Auf der seit langem größten Fakultäts-VV mit 500 Teilnehmern wurden weitere Aktionen für Anfang Dezember beschlossen. Natürlich will man auf der Demo am 22. November dabei sein.

In Essen war die Gesamt-VV mit 1200 Studenten total überfüllt. Bis auf den Fluren war man sich einig:

Gegen Ausbaustopp und materielle Misere wird am 18. November gestreikt. „Wir ziehen dann ins Rathaus ein“ war die einhellige Meinung.

Hessen:



Die Gesamthochschule Kassel streikt. Prof. Daxner, von der Hochschule zum Präsidenten gewählt, wird vom Kultusminister nicht ernannt. Er gilt als entschiedener Gegner der beabsichtigten „Sparpolitik“ und der Austrocknung fortschrittlicher Studienbestandteile. 1500 Studenten protestieren auf der Konventssitzung. 4000 demonstrieren gegen Krollmanns Politik. Auch wenn Daxner gehen muß, wird dieser immense Protest fortgesetzt. Am 2. Dezember will ganz Hessen demonstrieren.

In Gießen demonstrieren am 12. November 5000 Studenten gegen die Rotstiftpolitik (von 15 000) – so viele waren es noch nie. Nachdem sogar schon Vorlesungen von der Feuerwehr aufgelöst werden mußten, platzte allen der Kragen. 2000 Studenten beschlossen am 10. November Streik, Aktionen und Demonstration. Überall bildeten sich Vorbereitungsgruppen für einen aktiven Boykott.

In Marburg zogen 200 Jura-Studenten zum Fachbereichsrat, um gegen

die Mittelkürzungen zu protestieren, auf einer Kunst-VV wurden Streikmaßnahmen beschlossen.

Saarland:



Katastrophale Überfüllung in den Grundstudiumsveranstaltungen! Einige Veranstaltungen fallen völlig aus, andere werden verlost. Auf einer Erstsemester-VV mit 300 Teilnehmern wurden Aktionen, unter anderem ein Go-in zum Kultusminister beschlossen, dem dort eine „Mängel-Liste“ vorgelegt wird.

Baden-Württemberg:



„Die PH am Leben lassen, für die Zukunft kleine Klassen“, riefen Baden-Württembergs PH-Studenten am 5. November den Stuttgarter Landtagsabgeordneten zu, die über die Schließung zweier weiterer PHs berieten. 50 Prozent der Lehramtsstudienplätze wurden seit 1974 weggekürzt, nun sollen 1500 Studenten aus Esslingen und Lörrach ihre Studienplätze verlieren. 200 Studenten zogen durch Stuttgarts Straßen, nachdem zuvor in Esslingen und Lörrach über 24 000 Unterschriften gegen die PH-Auflösung gesammelt wurden. In Esslingen unterschrieb jeder vierte Bewohner der Stadt. Die gesamte PH führte Ak-

tionstage durch. Im Landtag selbst wurden die CDU-Regierung und ihre Abgeordneten aufgeschreckt: Mit Transparenten und Flugblättern gaben die Studenten ihren Forderungen gegen Studienplatzabbau und Lehrermangel Nachdruck. So manchem Abgeordneten behagte das alles gar nicht. Die Ruhe war gestört.

Am 22. November wollen die baden-württembergischen Studenten mit GEW und Schülern gegen Bildungsabbau und Rotstiftpolitik protestieren.

Bayern:



Trotz des späten Semesterbeginns Anfang November gibt es schon massive Proteste. Die ersten „blauen Briefe“ nach Einführung der Semesterzwangsgelder sind da. In Erlangen sind es bisher 300. Die Studenten reagierten gleich mit einem Go-in. In Regensburg wurde bei den Jurastudenten bereits über einen Erstsemesterstreik diskutiert. An mehreren bayerischen Hochschulen gibt es bereits Streikbeschlüsse gegen die Zwangsgelder. In München streiken die Zeitungswissenschaftler gegen die katastrophale Lage des Fachbereichs. Am 4. Dezember wird eine landesweite Demonstration stattfinden.

Erfolg der jahrelangen studentischen Aktionen. Es wäre vor allem ein Erfolg für unsere bayerischen und baden-württembergischen Kommilitonen, die ihre Interessenvertretung in den letzten Jahren auch ohne gesetzliche Grundlage verteidigt und weitergeführt haben. Es wäre ein Erfolg für diejenigen, die wegen „illegaler“ AStA-Wahlen mit Strafverfolgung und angedrohten Gefängnisstrafen zu kämpfen haben.

Deswegen gilt es nachzusetzen, bundesweit die Forderungen der bayerischen und baden-württembergischen Kommilitonen nach gesetzlicher Wiederverankerung ihrer Interessenvertretungsorgane zu unterstützen.

Unsere sechs Punkte erlauben ein einfaches Resümee:

- Für die Studentenbewegung kommt es darauf an, „am Ball zu bleiben“, nicht nachzulassen im Kampf für ihre Forderungen gegen das Hochschulrahmengesetz, gegen Regelstudienzeit und Ordnungsrecht, für die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat!

- Für die Studentenbewegung kommt es darauf an, der drastischen Sparpolitik in massiven Aktionen entgegenzutreten, und dies mit den richtigen Verbündeten und gegen den richtigen Gegner. Unsere Verbündeten sind Arbeiter und Angestellte, Auszubildende und Schüler, die genauso von den Sparmaßnahmen betroffen sind wie wir.

- Für die Studentenbewegung kommt es darauf an zu sagen, woher das Geld kommen soll: „Wir holen uns die Kohlen von den Monopolen“, „Knack die Rüstungskassen, Bildung für die Massen“ – selten wurden



In landesweiten Aktionen gehen Lehrlinge, arbeitslose Jugendliche, Schüler und Studenten gemeinsam für ihre Zukunft, für mehr und bessere Lehrstellen und Hochschulausbau auf die Straße. Foto: Meyborg

diese Losungen so oft gerufen wie auf den Demonstrationen der letzten Wochen. Der Hochrüstungskurs von NATO und Bundesregierung wird in der Tat zu einer immer stärkeren sozialen Belastung der Bevölkerung. Wer ihm nicht entgegentritt, wird auf Dauer auch keine bildungspolitischen Erfolge erzielen können.

- Deswegen ruft der MSB Spartakus alle Studenten auf:



Weil es an der Hochschule nicht genügend Räume gibt, halten Kasseler Kunststudenten ihre Zeichenstunden im Rathaus ab. Foto: Gerhard

Impressum: Extraausgabe des monatlich erscheinenden Studentenmagazins „rote blätter“, Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. Verantwortlicher Redakteur: Franz Sommerfeld, Buschstraße 81, 5300 Bonn, Telefon (0228) 22 20 53/54.

Stahlwerk jetzt!

Bei Hoesch in Dortmund kämpfen die Stahlarbeiter für den Bau eines Stahlwerkes. Es geht um die Sicherung von 40 000 Arbeitsplätzen.

An den Hochschulen Dortmunds haben Protestaktionen gegen rigide Sparpläne begonnen. Regina Wiese und Volker Maibaum, Studenten an der Universität Bochum, sprachen mit Hildegard Hoffmeister und ihrem Ehemann Willi, der seit 1957 bei Hoesch arbeitet und Mitglied des Betriebsrates ist.

rote blätter: Ihr fordert „Stahlwerk – jetzt!“ Worum geht es eigentlich bei Hoesch?

Willi: 1979 wurde ein Kostensenkungsprogramm für den Hoeschkonzern beschlossen. Das beinhaltete u. a. auch den Abbau von mehr als 4000 Arbeitsplätzen. Der Betriebsrat stimmte zu, weil dafür der Bau eines neuen Stahlwerkes in den Vertrag aufgenommen wurde. Es geht also nicht um einen zusätzlichen Ausbau der Stahlproduktion, sondern um einen modernisierten Ersatz für alte Anlagen. Es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern die alten sollen beibehalten werden. Obwohl bereits 2000 Arbeitsplätze vernichtet wurden, sagt jetzt der Vorstand, durch einen Verfall auf dem Stahlmarkt wären sie nicht mehr in der Lage, das Stahlwerk zu bauen. Das heißt, um mit den Worten des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund zu sprechen, daß vorsichtig geschätzt etwa 40 000 Arbeitsplätze wegfallen. Etwa 10 000 bei Hoesch und 30 000 in der Zuliefererindustrie.

rote blätter: Könnt ihr erzählen, was die Vernichtung der Dortmunder Stahlbasis für eure Familie bedeutet?

Hildegard: Für unsere Familie wird es schlimm. Wir haben noch zwei Jungs auf der Hütte, und die Schwiegertochter arbeitet in der Kantine. Das sind mit meinem Mann vier Arbeitsplätze, die gefährdet sind. Dann haben wir einen Jungen, der noch zur Schule geht und ja auch mal eine Lehrstelle haben will. Wenn Hoesch nicht mehr arbeitet, dann sind in der

Umgebung keine Lehrstellen mehr vorhanden. Dann gibt es keine Steuern mehr, und es können keine Schulen, Kindergärten usw. bezahlt werden. Wir haben weniger Kaufkraft, und so werden auch die Geschäfte darunter leiden.

rote blätter: Wenn das geforderte Stahlwerk nicht gebaut werden würde, dann hätte das katastrophale Fol-



gen für die gesamte Dortmunder Bevölkerung, ja für das gesamte östliche Ruhrgebiet als Einzugsbereich für die Arbeitskräfte von Hoesch. Was habt ihr Hoescharbeiter bisher gemacht, gab es Reaktionen?

Willi: Der Kampf gegen die Streichung ist angelaufen. Die gesamte Öffentlichkeit solidarisiert sich, bis hin zu einem einstimmigen Stadtratsbeschuß. Es gibt mittlerweile Frauen- und Bürgerinitiativen, die unter dem Namen „Stahlwerk – Jetzt!“ arbeiten. Es solidarisierten sich Fußballvereine bis hin zu Borussia Dortmund. Unterschriftenaktionen wurden von der IG Metall und den Initiativen durchgeführt. Man merkt von Woche zu Woche, wie hier der Kampf von immer mehr Menschen aufgenommen wird, die feststellen, daß die Existenz der Stadt Dortmund auf dem Spiel steht. Entscheidend für den Erfolg wird sein, wie die Belegschaft

ten und ihre Gewerkschaften den Kampf um die Stahlbasis Dortmund führen. Wir diskutieren zur Zeit von den drei Hüttenwerken aus, Demonstrationszüge in die Stadt durchzuführen.

rote blätter: Du hast gerade die Fraueninitiative erwähnt. Wer sind diese Frauen und mit welchem Ziel sind sie aktiv geworden?

Hildegard: Anfangs waren es Frauen von Hoesch-Arbeitern. Dann haben sich nach und nach andere Frauen angeschlossen: Lehrerinnen, Pastorinnen, Ärztinnen, viele Hausfrauen. Wir haben Infostände gemacht und eine öffentliche Solidaritätsveranstaltung geplant. Gerechnet hatten wir mit 40, gekommen sind 400. Wir werden weiter Unterschriften sammeln, zusätzlich zu den 5000, die wir schon haben. Wenn eine Demonstration kommt, sind wir natürlich weiter am Ball. Wir haben vor, den Männern und Frauen bei Hoesch den Rücken zu stärken, damit sie den Mut nicht verlieren.

rote blätter: Am 12. November demonstrierten hier in Dortmund 7000 Hochschulangehörige gegen die Bonner Sparpläne. Seht ihr einen Zusammenhang zwischen dem Sparprogramm, dem Protest der Hochschulangehörigen und eurem Kampf für

den sofortigen Bau eines Stahlwerkes?

Willi: In der Bundesrepublik fehlen eine Million Wohnungen. Um diese zu bauen, werden eine Million Tonnen Stahl benötigt. Wenn die Bonner Sparpläne so weit gehen, daß im Wohnungsbau oder am Hochschulbau gespart wird, dann wirkt sich das auf den Stahlmarkt aus und auf uns Hoescharbeiter.

Es geht also im Grunde um gemeinsame Forderungen, um die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft.

Wenn wir uns an den Demonstrationzug gestellt haben, mit unserer Schilderwand „Solidarität“, dann wollten wir damit die Solidarität der Arbeiter mit dem Kampf der Studenten zum Ausdruck bringen und gleichzeitig für die Solidarität der Studenten mit unserem Kampf für das neue Stahlwerk in Dortmund werben.



Die Hochschule der 80er Jahre: ein kapitalistischer Großbetrieb?

Inhalt:

Stand der HRG-Durchsetzung und aktuelle hochschulpolitische Konzepte und Entwicklungen

Von Gerd Manke,

Student '80 – NST, Schlaffi, neue Studentengeneration?
Von Bernd Gäbler

Die Hochschule im Wissenschaftssystem der BRD
Von Thomas Neumann

Das FACIT-extra gibt es an den Büchertischen des MSB Spartakus, bei jedem Spartakisten und beim Spartakus-Bundesvorstand, Preis: 2,- DM.

Bestellungen an:
MSB Spartakus
Bundesvorstand
Postfach 2006
5300 Bonn 1

Betrag in Briefmarken beilegen.

Ab 1. Dezember bei jedem Spartakisten:

Die neuen roten blätter!

Auf 56 Seiten Themen zu:

Rekrutenvereidigung ● Frauen in die Bundeswehr? ● Wirtschaftskrise in der BRD ● Reagan, ein heißer Krieger? ● Wohnen und Kapitalismus ● Interview mit stellv. DDR-Kulturminister ● Kampf gegen Startbahn West ● Weihnachten zu Hause

Mit Beiträgen von: Doormann, Drewitz, Huffscheid, Hervé, Parnass.